



Foto: Klaus-Dieter Schreiter

Die Freien Wähler stimmten dem Bubenreuther Haushalt zwar zu, befürchteten jedoch, dass das Projekt „Hauptstraße H7“ der Gemeinde irgendwann „um die Ohren fliegt“. Die CSU verweist darauf, dass mit einer guten Planung wie beim Neubau des Landratsamts der Kostenrahmen durchaus eingehalten werden könne.

Wird das H7 teurer als angenommen?

Bei der Verabschiedung des **HAUSHALTS FÜR BUBENREUTH** gingen die Meinungen zur möglichen Kostenentwicklung des Projekts auseinander. VON KLAUS-DIETER SCHREITER

BUBENREUTH. Der Gemeinderat hat den Haushalt für das laufende Jahr verabschiedet. Er beläuft sich jeweils bei den Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt auf rund 9,77 Millionen Euro und im Vermögenshaushalt auf rund 3,82 Millionen Euro.

Der größte Teil der Ausgaben im Verwaltungshaushalt fällt für die laufenden Kosten wie beispielsweise den Unterhalt von Gebäuden und Straßen sowie die Bewirtschaftung von Grundstücken und die Verwaltung an. Sie betragen zusammen rund 3,1 Millionen Euro. 16,8 Prozent des Verwaltungshaushalts müssen für Personalausgaben aufgewendet werden, die somit rund 1,64 Millionen Euro betragen. Die Kreisumlage ist mit 2,38 Millionen Euro angesetzt. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt rund 625 000 Euro. Bei den Einnahmen ist die Einkommensteuerbeteiligung mit 3,8 Millionen Euro der größte Batzen. Aus der Gewerbesteuer werden

900 000 Euro erwartet, aus der Grundsteuer rund 502 000 Euro. Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen wurde aufgrund der Zahlen aus 2017 leicht auf 765 000 Euro reduziert. Trotz der erheblichen Belastungen werden Vereine, kirchliche Einrichtungen, Jugendgruppen und sonstigen Gruppierungen wieder Zuschüsse in Höhe von insgesamt fast 101 000 Euro erhalten.

Kindergarten wird saniert

Bei den Ausgaben im Vermögenshaushalt sticht die Sanierung des katholischen Kindergartens mit geplanten gut 1,3 Millionen Euro heraus, die Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen betragen sogar 1,5 Millionen Euro.

Für ein neues Feuerwehrfahrzeug HLF20 sind 400 000 Euro eingeplant, für Sanierung und Unterhalt von Straßen, Wasser- und Kanalleitungen 450 000 Euro. Die Hälfte davon ist allerdings ein Haushaltsrest aus dem Jahre 2018. Die Gemeinde ist — wie

mehrfach berichtet — auch intensiv dabei, Baugebiete weiter zu entwickeln. Dafür plant sie unter anderem den Erwerb von Grundstücken, was mit 300 000 Euro im Vermögenshaushalt berücksichtigt ist. Die Tilgung von Schulden schlägt mit 531 900 Euro zu Buche.

Die Ausgaben im Vermögenshaushalt werden im Wesentlichen mit Zuschüssen von rund 1,5 Millionen Euro, davon allein 803 000 Euro für den Kindergarten, der Zuführung aus dem Vermögenshaushalt von rund 625 000 Euro und einer Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 1,6 Millionen Euro finanziert.

Die Gemeinde wird dann noch 580 000 Euro auf der hohen Kante haben, während die Schulden rund 5,4 Millionen Euro betragen. Die Pro-Kopf-Verschuldung von Bubenreuth beträgt zum Ende des Jahres voraussichtlich fast 1130 Euro, was 169 Prozent des Landesdurchschnitts entspricht.

Die einzelnen Fraktionen im

Gemeinderat haben sich ausführlich zu dem vorgelegten Haushalt geäußert. Die Freien Wähler stimmten dem zwar zu, befürchteten jedoch, dass das Projekt „Hauptstraße H7“ der Gemeinde irgendwann „um die Ohren fliegt“. Die CSU hingegen meinte, beim Neubau des Landratsamts habe man bewiesen, dass gut geplante Projekte durchaus im Kosten- und Zeitrahmen bleiben können. Sie stimmte dem Haushaltsplan ebenso zu wie die SPD, die trotz einiger Kritikpunkte meinte, man könne das „guten Gewissens“ tun.

Kritik der Grünen

Ungewöhnlich ausführlich erläuterte Christian Dirsch für die Grünen, warum seine Fraktion nicht zustimmen kann. Sie wollen unter anderem die geplante Digitalisierung in den Schulen in der geplanten Form nicht, finden das neue Gebäude für den Kinderhort überflüssig, wollen keinen Sozialraum und kein Bürgerbüro im Rathaus, wenn Räume durch Umzug

nach H7 frei werden, möchten keinen Park & Ride-Parkplatz am S-Bahn-Haltepunkt und wünschen sich Car-Sharing in Bubenreuth. „Es fehlt am Maß für das Nötige und Notwendige“, kritisierte Dirsch den diesjährigen Haushalt.

Bürgermeister Norbert Stumpf machte in seiner Haushaltsrede deutlich, wie problematisch für die Gemeinde der Wegfall der Einnahmen aus der vom Freistaat abgeschafften Straßenausbaubeitragssatzung ist, was vor allem von den Freien Wählern vehement gefordert worden war.

Habe die Gemeinde bislang noch pro Jahr durchschnittlich 85 000 Euro durch die Satzung erhalten, so würden nun als Kompensation nur noch 15 000 Euro vom Freistaat kommen. Darum werde man wohl nicht umhinkommen, die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer anzuhähen, meinte der Bürgermeister und wollte damit rechtzeitig auf die Entwicklung hinweisen.